

# FR 29.04.20 // So geht man nicht mit engagierten Bürgern um!

GOLDSTEIN Magistrat erteilt Forderung der BI zur Verkehrsentslastung eine Absage – und erntet viel Kritik



Ein Nadelöhr namens Tannenkopfweg: Die Anwohner dort gehören zu den Leidtragenden des Verkehrsproblems. FOTO: HAMERSKI

Leicht verklausuliert, aber doch erkennbar hat die Stadt einigen der zentralen Forderungen der Bürgerinitiative (BI) und der Siedlergemeinschaft (SG) Goldstein zur Lösung des großen Verkehrsproblems im Quartier eine Absage erteilt: „Auf Basis der bisherigen Erkenntnisse beurteilt der Magistrat die Sinnhaftigkeit und die Machbarkeit einer Rechtsabiegemöglichkeit von der A5 auf die Straßburger Straße sehr zurückhaltend.“ heißt es in einer von Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) unterschriebenen Stellungnahme.

## „Fast alle Vorschläge wurden zerfleddert“

Auch anderen Vorschlägen von BI und SG will die Stadt nicht folgen: So komme eine Verlängerung der Straßburger Straße zur Rheinlandstraße westlich des Harthwegs nicht in Frage, weil sie mit dem Banwaldstatus des Stadtwaldes und der Wohnbebauung am Ferdinand-Dirichs-Weg kollidiere. Und eine Verlängerung der Straßburger Straße lediglich bis zum Harthweg würde voraussetzen, „dass bisherige reine Wohnstraßen wie der Sauerackerweg oder auch die Henriette-Fürth-Straße zusätzlich eine Verbindungsfunktion wahrnehmen und entsprechend ausgebaut werden müssten“. Dieser Ansatz sei

zerfleddert, mit Scheinaktivitäten verzögert oder abgelehnt.“ Nun müsse gefragt werden: „Sind die Stadt und das Verkehrsdezernat an der Lösung dieses Verkehrsproblems überhaupt interessiert? Es ist doch eigentlich ihre Aufgabe.“ Das Verkehrskonzept sei entstanden, „weil von der Stadt keine Reaktionen und Vorschläge – geschweige denn Veränderungen – kamen“. Einen Lösungsvorschlag abzulehnen, mahnt Krause weiter an, müsse auch bedeuten, einen besseren vorzulegen. Das aber sei bisher nicht geschehen.

„Wo ist der ganzheitliche Konzeptvorschlag des Verkehrsdezernates?“, fragt Krause und beschneigt die Stadt „Trägheit und Unflexibilität“. Seine Mitstreiter und er könnten sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Feldmann und Oesterling „das Problem an das Referat für Mobilitäts- und Verkehrsplanung weitergeleitet haben, mit der Vorgabe, die BI zu beschäftigen und das Problem auslaufen zu lassen.“

## Lösungsvorschläge aufgegriffen

Mit ihrer Stellungnahme reagiert die Stadt auf einen im Juni 2019 vom Ortsbeirat gestellten Antrag, die Möglichkeit einer Rechtsabiegespur von der A5 zu prüfen. Das Stadtparlament hatte die

wieder beobachtet: „Ich sehe nicht, dass die Stadt mal eigene Vorschläge präsentiert.“ Auch weist sie darauf hin, dass immer wieder Autofahrer mit Fahrziel Goldstein verkehrswidrig rechts abbiegen, um den langen Umweg durch die Bürostadt Niederrad zu vermeiden. So gehe diese Ablehnung auch an der Praxis vorbei.

„Da biegen doch sowieso alle ab“, zeigt auch die Schwanheimer Ortsbeirats-Abgeordnete Ilona Klimroth (CDU) kein Verständnis für die Stellungnahme. Sie teilt die Kritik, dass die Stadt nur ablehne, ohne selber Lösungen anzubieten, und sieht nun „kaum noch Hoffnung, dass wir das Problem gelöst bekommen“. Ihr SPD-Kollege im Ortsbeirat, der stellvertretende Ortsvorsteher Michael Wanka, lobt hingegen „die nachvollziehbaren Gründe, die in dieser Ausführlichkeit so bisher nicht vorliegen.“ Außerdem empfinde er die Ablehnung der Maßnahmen in Goldstein zu diskutieren, die ohne Beteiligung von Land und Bund umsetzbar seien. Tatsächlich regt die Stadt in ihrem Bericht eine Diskussion eines weiteren Vorschlags der BI an: Den Tannenkopfweg dadurch zu entlasten, dass der Straßenzug Zur Waldau – Frankweg zu einer durchgehenden Verbindung zwischen Straßburger Straße und Schwanheimer Ufer ausgebaut wird.

MICHAEL FORST